

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 38 (1944)
Heft: (1): Januar-Sendung

Rubrik: Schweizerisches

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

speziell den *Kommunismus* betrifft, so ist aufs äußerste unwahrscheinlich, daß eine so gewaltige Bewegung nach einer Geschichte von zwei-einhalb Jahrzehnten ein erloschener Vulkan sei. Sie wird, sei's von Rußland, sei's spontan von anderen Stellen aus, in immer neuen Stößen und Wogen kommen und das Angesicht der Erde verändern.

Das ist der Ausblick auf das neue Weltjahr, das zuletzt und zuerst auch ein neues Gott- und Christusjahr sein wird. *Leonhard Ragaz.*

Schweizerisches.

11. Januar 1944.

Die *Bundesratswahlen* sind auf die Jahreswende hin noch lange im Mittelpunkt des schweizerischen Interesses gestanden, und es gibt wohl einige Schweizer, welche die Wahl eines Sozialdemokraten in den Bundesrat als eine Art Jahreswende für die Schweiz betrachten, genügend, um die Existenz der Schweiz in eine lebendige Zukunft hineinzuretten. Denn unser politisches und geistiges Format hat sich in dieser Zeit des Abschlusses der Luft von den Stuben und Sälen des Schweizerhauses, der Zeit der geschlossenen Fenster und Türen, so fehr verkleinert, daß es nun unserer geographischen Kleinheit gut angepaßt ist.

Das große Los, Bundesrat zu werden, und zwar der erste sozialdemokratische, ist dann nach allerlei Schwanken (namentlich *ein* Mann ist darüber bis nahe zum Siege in Betracht gekommen, und zwar der beste, der in Betracht kommen konnte, aber nicht der bei gewissen Oberdrahtziehern beliebteste) auf denjenigen Kandidaten gefallen, der am meisten „angepaßt“ schien, um von den Bürgerlichen akzeptiert zu werden. Es zeigte sich denn auch bei den Bürgerlichen eitel Freude, daß die Sache nicht schlimmer ausfiel, und da und dort fast ein Enthusiasmus für *Ernst Nobs*, den sich dieser damals nicht hätte träumen lassen, als er in seiner Eigenschaft als Redaktor des „*Volksrechtes*“ jahrelang alles tat und nicht tat, um die schweizerische Arbeiterschaft in die Dritte, das heißt bolschewistische, Internationale zu bringen. Dies und anderes haben die Bürgerlichen gern vergessen, sie, die Anderen viel geringfügigere Dinge bis zum jüngsten Tag, wenn sie den erlebten, nicht vergessen würden. Nobs besitzt eben einige Eigenschaften, die es erlaubten, den Mantel der Liebe über diese tempi passati zu werfen. Es haben darum die Bürgerlichen mit nicht weniger Begeisterung (echter und halbechter) diese Wahl und ihren Gegenstand gefeiert als die guvernementalen Sozialdemokraten, und jener hat genügend durchblicken lassen, daß man vor ihm nicht zu viel Angst haben oder auch, daß man von ihm nicht allzuviel Sozialismus erwarten dürfe.

Die ganze Affäre hat einen übeln Geruch bekommen, besonders für die Partei selber, die den Gewinn davon zu haben scheint. Sie hat diesen vielleicht doch zu teuer bezahlt. Wie wir vorausgesagt haben,

ist die anfängliche Forderung, daß man nur in den Rat wolle, wenn es zu Zweien geschehen könne und nach der Verständigung über ein „Sachprogramm“, in aller Stille fallengelassen werden. Sie war ja wohl auch bei den Drahtziehern nie ernst gemeint, sondern sollte bloß die in der Partei weithin vorhandene Opposition zur Ruhe bringen. Man hat also mit einem Stück moralischen Ansehens aus dem bescheidenen Vorrat davon, der nach zwei Jahrzehnten einer Politik ohne Charakter noch übrig geblieben ist, bezahlt.

Dies auch in anderer Hinsicht. Man mußte sich *dankbar* erweisen, mußte schweigen, wo man hätte reden sollen, und reden, wo man hätte schweigen sollen, und dies wohl auch darum, weil einige „Führer“ weiter Papabili bleiben wollen.

Es war ja das, was man im Lande der Viehzucht einen Kuhhandel nennt. Die welschen Bürgerlichen waren für einen Sozialdemokraten nur unter der Bedingung zu haben, daß man ihnen ihren Pilet-Golaz ließ, und die Katholiken für Pilet-Golaz und auch für Ernst Nobs, pro forma wenigstens, nur, wenn man ihnen ihren offenbar recht unfähigen, aber gut katholischen Dr. Leimgruber zum Bundeskanzler wähle — was ja beides geschehen ist. Wobei übrigens die Katholiken Nobs größtenteils doch nicht stimmten.

So ist diese große moralische Tat zustandegekommen. Daß durch sie an der politischen und moralischen Atmosphäre der Schweiz etwas Wesentliches gebessert worden sei, können nur die glauben, die in solchen Zeiten am wenigsten „Alle“ werden. Die Hetze gegen den Sozialismus oder, wie man lieber sagt, Kommunismus, geht weiter. Zu was für zugleich lächerlichen und erbärmlichen Aeußerungen sie führt, zeigt das Vorgehen gegen die paar Luzerner Knaben und Mädchen (so müßte man ja sagen), die man auf Grund von Kindereien beschuldigt, den Umsturz der Schweiz (oder nur Luzerns?) herbeiführen zu wollen. Für so baufällig halten unsere offiziellen Hüter der Schweiz deren Haus, daß ein paar Knaben und Mädchen es umblasen könnten, wenn nicht die Bupo und Herr Staempfli es schützten. Und so bleibt auch das Verbot der kommunistischen und der mit ihr verwandten, wenn auch nicht identischen Nicole-Partei bestehen, trotzdem Rußland nun weit hin die über die Geschicke Europas (die Schweiz inbegriffen) entscheidende Macht geworden ist. Diese mit fast ganz blind machenden Scheuklappen Versehenden glauben sich das leisten zu dürfen.

Am wenigsten Freude an dieser Wendung hat ein Teil der sozialdemokratischen Partei, und zwar, wie man wohl sagen darf, vorwiegend die ernstesten und besten ihrer Mitglieder. Zufrieden sind nur jene, deren tiefstes Sehnen war und ist, möglichst rasch und scheinbar ohne direkte Verleugnung des Sozialismus in das Gewand der Bürgerlichkeit schlüpfen zu dürfen, auch wenn sie nicht gerade erwarten dürfen, dafür den Ehrendoktor zu bekommen.

Ich möchte aber betonen, daß Nobs zwar nicht mein Mann ist, aber

daß ich seine große Begabung auch in den Zeiten meiner schärfsten Opposition gegen ihn nie verkannt habe. Nur ist es eine merkwürdige Verwechslung und Farbenblindheit, ihn einen Sozialisten zu nennen. Seine Schrift über „*Helvetische Erneuerung*“ ist zwar vortrefflich. Es sind ausgezeichnete Stellen darin, so die, wo er ganz zensurwidrig betont, daß die Schweiz nicht ewig nur im Namen der sogenannten Neutralität aus einer Zuschauerloge die Geschichte passiv anschauen dürfe, sondern den Anschluß an die Vorwärtsbewegung der Völkerwelt suchen müsse. Ich hätte um dieser *einen* Stelle willen ohne Besinnen Nobs das Departement des Auswärtigen übergeben. Es wäre in seinen Händen jedenfalls besser aufgehoben als in denen von Pilet-Golaz! Aber so wertvoll diese Schrift an sich ist und so erfreulich sie wäre, wenn sie von einem formell bürgerlichen Mann stammte, eine *sozialistische* Schrift kann man sie nur nennen, wenn man nicht weiß, was einst Sozialismus war, auch wenn man dabei nicht gerade an den Nobs der Dritten Internationale denkt. Ich habe aber gute und tiefe Gründe dafür, wenn ich überzeugt bin, daß wir einen *wirklichen*, zwar nicht dogmatisch und doktrinär bornierten, sondern umfassend gearteten, aber doch *radikalen* Sozialismus nötig haben, in der Schweiz wie anderswo.

Es ist also zu sagen, daß wir trotz allem Guten, was etwa Herr Nobs als bundesrätlicher Finanzminister und vielleicht auch anderswie leisten mag, mit dieser ganzen Affäre nicht vorwärts, sondern zurück gekommen sind. Wir haben ein *Trugbild* gewonnen, das Trugbild einer Art Lösung des sozialen Problems, besonders nach seiner politischen Seite hin, ein Trugbild mehr zu allen andern, und werden auch dafür bezahlen müssen.

Aber wie wir schon in einer früheren Erörterung gezeigt haben, wäre nichts törichter, als wenn wir meinten, diese Wahlaffäre mit all ihrer Inflation bedeute etwas *Definitives*. Sie wird ein, vielleicht nur kurzes, *Intermezzo* bleiben. Die kommenden Entwicklungen der Weltlage werden in hohen Wellen darüber weggehen. Auf sie aber müssen wir uns rüsten, wenn wir gerettet werden wollen.

Es gehört aber, wir wir schon angedeutet haben, zu diesem Wahlthema auch das Problem *Pilet-Golaz*, und dieses ist sogar für die Schweiz viel wichtiger und gefährlicher als das Problem Nobs. Denn es ist freilich unerhört und wohl fast nur in der Schweiz möglich, daß nach allem, was Pilet-Golaz Unverzeihliches getan hat, er in einer Zeit voll schwerster Gefahr und Entscheidung unsere auswärtige Politik leiten und so den weitaus wichtigsten Posten des Bundesrates innehaben soll. Es ist unverantwortlich. Das wissen viele auch von denen, welche für ihn gestimmt und geschrieben haben. Warum denn hat man diesen Mann doch an dieser Stelle behalten?

Aus allerlei Gründen. Nicht zuletzt, weil mit ihm viele Andern durch die gleichen oder doch ähnliche Fehler kompromittiert sind. So

vor allem die beiden andern Bundesräte, die mit ihm, der Eine in deutscher, der andere in italienischer Sprache jene Rede an das Schweizervolk verlesen haben, welche in der Panik von 1940 die Einleitung zu jener faschistischen Schweiz im Sinne der Schrift von Etter über die schweizerische Demokratie wie gewisser welschschweizerischer Herrenföhnen und ihrer Nachahmer bilden sollte. Dann aber wohl auch, weil Pilet-Golaz, so wie er ist, unserer Reaktion schließlich paßt und ihrer außenpolitischen Linie entspricht. Und endlich, weil in der Luft der heutigen Schweiz ein Bundesrat so rasch zur Mumie vertrocknet, daß er ewiges Leben bekommen zu haben scheint; weil, um es anders zu sagen, ein Bundesrat schon ganz außerordentlich tüchtig und namentlich charaktervoll sein müßte, um so viel Leidenschaft gegen sich zu wecken, daß er weggewählt würde.

Es haben, wie gesagt, die Besseren und Einfältigeren auch unter den Politikern diesen Sachverhalt wohl erkannt. Die demokratische Fraktion, in die sich stark was noch an Charakter übrig geblieben ist geflüchtet hat, verlangte eine Geheimsitzung zur Besprechung des Problems Pilet-Golaz. Die liberale Partei von Basel-Stadt, in der sich ebenfalls einige Männer mit Charakter finden, — wenn auch nicht die, von denen man solchen voraussetzt, dazu gehören — hat nachträglich durch eine aufsehenerregende Erklärung das Problem aufzurollen versucht. Natürlich umsonst. Es ist aber bezeichnend, daß die sozialdemokratische Fraktion mäuschenstill geblieben ist, ja, man darf das annehmen, noch sonst Pilet-Golaz eher gestützt hat. So weit ist es mit ihr unter der Führung der Papabili Grimm, Huber und Genossen gekommen.

*

Um doch ein bißchen das Gesicht zu wahren, hat sich die offizielle Parteitaktik der Sozialdemokratie auf ein anderes Postulat geworfen: die *Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland*.

Das ist nun eine ganz arge partie honteuse unserer schweizerischen Politik. Bekanntlich ist die Ablehnung dieser diplomatischen Beziehungen ein Erbstück aus dem Inventar der Politik Mottas, die eine spezifisch katholisch-konfessionelle in bürgerlicher Form und dazu eine Hauspolitik, d. h. eine persönliche Politik Mottas war. Sie hat die Schweiz nicht nur Hunderte von Millionen gekostet, die unsre Industrie im normalen Verkehr mit Rußland hätte verdienen können, sondern dieselbe auch in eine ganz schlimme politische und moralische Lage gebracht. Denn wir werden uns dieser Aufnahme der Beziehungen zu Rußland auf die Dauer nicht entziehen können, werden sie aber schwerlich vollziehen können ohne eine Demütigung, wie wir schon lange keine mehr erlebt haben.

Wir werden aber für Motta, den als großen und rettenden Staatsmann zu preisen man nicht aufhört, trotzdem das Gegenteil mit Hän-

den zu greifen ist, und den man in katholischen Kreisen beinahe direkt neben Nikolaus von der Flüh stellt, noch viel verhängnisvoller bezahlen müssen. Das zu glauben und zu sagen ohne jede antikatholische Tendenz, bloß im Interesse der Wahrheit und der Schweiz, ist freilich die „Neuen Wege“ teuer zu stehen gekommen! ¹⁾

*

Da wir uns mit diesen Erörterungen immer noch in der Nähe der Bundesversammlung befinden, so mag noch ein anderes Thema daran kommen, das aktuell genug ist und mit dem Zerfall unserer Demokratie fast so eng zusammenhängt, und zwar in negativem Sinne, wie die Zensur: das ist der fortschreitende *Servilismus* im Verhältnis zu unseren Behörden.

Es wird berichtet, daß die Bundesversammlung (oder war's bloß der Nationalrat?) gegen alles Herkommen und allen parlamentarischen Brauch verpflichtet worden sei, die Abgangsrede des alten und die Eingangsrede des neuen Präsidenten *stehend* anzuhören. Das ist charakteristisch. Dieser Stil, der zu der Zeit der „gnädigen Herren“ zurückführt, wird jetzt mit Bewußtsein von oben her gepflegt. Aber von unten her wird eben *gehorcht*. Denn ich frage: Warum sind die, welchen dieser Stil nicht gefällt, nicht sitzen geblieben?

Und wo ist die Opposition geblieben, als es galt, gegen die Bevormundung aufzutreten, welche die Filme zwingt, die offizielle Radiosendung des Bundes mit ihrer offiziellen Politik zu bringen, und die Filmbeobachter, sie anzuhören? Wieder sind sozialdemokratische Führer dem Bundesrat zu Hilfe gekommen.

Mit diesem Byzantinismus hängt aufs engste zusammen der Gebrauch des Wortes „Obrigkeit“. Wir haben seit einiger Zeit, seit der Herrschaft der Reaktion, auf einmal wieder eine „Obrigkeit“. Und das heißt, daß wir Andern wieder *Untertanen* geworden sind. Wir hatten vorher keine Obrigkeit mehr, sondern bloß Behörden, hatten keine Untertanen mehr, sondern bloß Bürger, hatten keine „gnädigen Herren“ mehr, sondern bloß von diesem gewählte Vertrauensleute des Volkes, die gewisse amtliche Kompetenzen besaßen, aber im übrigen kein bißchen mehr waren als jeder einfachste Bürger. Jetzt auf einmal gibt es „gnädige Herren“ (ob die Anrede auch bald gefordert wird?), gibt es Obrigkeiten und gibt es Untertanen, wenn nicht dem Namen, so doch der Sache nach. Wo aber bleiben die Schweiz und die Demokratie?

Damit hängt zusammen — das gehört zu allem ganzen und halben Faschismus — eine große *Wertschätzung von Zeremonien und Demonstrationen* wie Bürgerweihe, Fahnengruß etc. Diese können hart an die

¹⁾ Was politische Weisheit (weil sie fehlte) nicht zu leisten imstande war, hat der *Profit* im Hui fertiggebracht. In Lausanne, ausgerechnet in Lausanne, diesem einstigen Mittelpunkt der Hetze gegen Rußland, hat sich eine Handelskammer für wirtschaftliche Beziehungen zwischen der Schweiz und Rußland gebildet.

Komödie streifen, ohne daß die Meisten das merken. Diese Hochschätzung der *Form* hängt damit zusammen, daß der *Gehalt* ausgeflossen ist. Aber wieder fragen wir: Wo bleibt die demokratische Schweiz?

Es ist das freilich nur *eine* Erscheinungsform jener *Unwahrheit*, ja Lüge, die wie ein giftiger Nebel auf unserem Volk liegt und bewirkt, daß unwahre Gedanken, unwahre Sachen, unwahre Menschen überall obenauf sind — ein Nebel, in dem zu atmen aufrichtigen Seelen immer schwerer wird und in dem alles echte schweizerische Leben ersticken muß.

*

In den gleichen Zusammenhang gehört der immer noch weiter fortschreitende Zerfall des *Rechtes*. Es ist in der letzten Zeit unter Anderem bekannt geworden — freilich nur in der Ecke einiger sozialistischen Zeitungen —, daß man in der Verfolgung der sogenannten *Trotzkisten*, die in der Schweiz nicht mehr als eine Handvoll Leute sind, darunter einige ganz vortreffliche, soweit gegangen ist, einige von ihnen ohne jeden Grund 11, 10 und 9 Monate in der Untersuchungshaft sitzen zu lassen, statt das Verfahren gegen sie zum Abschluß zu bringen, und Monate verstreichen zu lassen, bis man nur die Untersuchung begann, um schließlich Strafen auszusprechen, die mit dem, was man gegen diese Leute vorbringen konnte (Kleinigkeiten, die nicht zu vergleichen sind mit dem, was man etwa einem Pilet-Golaz und vielen Andern vorwerfen kann), in keinem Verhältnis stehen.¹⁾

Diesem sich stets aufs Neue darstellenden Tatbestand gegenüber (zu dem auch die vollendete Willkür gewisser Akte der Zensur gehört) nimmt es sich eigentümlich aus, wenn im Nationalrat eine große Debatte über eine vorzunehmende *Verfassungsrevision* und eine dafür einzusetzende besondere Kommission stattfindet. Denn wenn auch diese Revision angeblich im Interesse der Herstellung eines festeren Rechtszustandes gefordert wird, so besteht doch der begründete Verdacht, daß damit eine im Verlaufe der kommenden Entwicklung vielleicht auftauchende *radikale* Revision der Verfassung durch rasche Fixierung des Bestehenden verhindert werden soll. Auf alle Fälle ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt für ein solches Werk. Jetzt wäre etwas Anderes nötig: daß nämlich die vorhandene Verfassung gehalten würde, besonders in ihrem wichtigsten Bestandteil, der Wahrung der demokratischen Rechte und Freiheiten, vor allem der Freiheit des Wortes.

*

So sehr diese und andere Dinge das Herz eines Schweizers, der noch die wirkliche Schweiz gesehen und miterlebt hat, bedrücken müß-

¹⁾ Auch das freisprechende Urteil in Sachen der „Cibaria“ scheint nicht geeignet, das Vertrauen zu unserem „Rechtsstaat“ zu erhöhen.

sen, so tut das doch von Zeit zu Zeit etwas Anderes noch weit mehr: nämlich die geistige Verblödung, Veräußerlichung und Entleerung, die sich wie Schwindfucht auf alles schweizerische Leben legt.

Sie äußert sich besonders in der Sache der *Staudämme*, durch welche zwei unserer schönsten und ehrwürdigsten, mit dem Ursprung der Schweiz historisch und prinzipiell im engsten Zusammenhang stehende Alpentäler, das Rheinwald und das Urserental, zerstört würden. Es zeigt sich ein wahrer Fanatismus, wie er dem Götzendienst eignet, diese Zerstörung trotz dem Widerstand aller guten Geister doch durchzusetzen. Dahinter aber steht offenbar der uralte Feind der Schweiz: die gierige *Profitsucht*. Darum ist es um so eigenartiger, aber auch um so trauriger, daß von den politischen Parteien gerade der Sozialismus, sein Eigenstes verratend, durch manche seiner Wortführer, zu denen vor allem auch Grimm gehört, hinter diesem Feldzug steht.

Man lese, was unlängst (am 8. Januar) das „Volksrecht“ in einem Leitartikel geschrieben hat.

„Um den Bau der Großkraftwerke ist es wieder still geworden. Die bündnerische Regierung, vor der das Konzessionsbegehrten für das Hinterrheinwerk liegt, wagt keinen Entscheid zu treffen. Aus rein politischen Ueberlegungen. Stimmt sie zu, dann verdirbt sie es mit einem Teil ihrer Wähler und der sentimental Einstellung aller Heimatschützler der ganzen Schweiz; abzulehnen wagt sie auch nicht, weil dadurch die in den Händen des demokratischen Finanzdirektors liegenden wirtschaftlichen und fiskalischen Interessen des Kantons Graubünden geschädigt werden. Herr Dr. Gadien fühlt richtig: Man kann in Bern nicht ständig über die schlechte Lage Bündens jammern, hohe Subventionen und Sonderbegünstigungen suchen und auf der andern Seite eine im Kanton selbst liegende Finanzquelle ersten Ranges brach liegen lassen. Also entscheidet man sich gar nicht, läßt die Angelegenheit einfach liegen, in der stillen Hoffnung, daß der *Bundesrat* das tue, was man selbst wohl möchte, aber nicht zu tun wagt. Oder man versucht ein vom Bund bereits mit vielen Millionen Risiko errichtetes Unternehmen, das ausschließlich oder doch vorwiegend auf bündnerisches Begehrten errichtet wurde, auf seinen gerechtfertigten Abschreibungen zu besteuern, indem man diese als Rein- oder gar Kriegsgewinne deklariert, trotzdem das Unternehmen bis jetzt seinen Gründern nur Sorgen bereitet hat. Darüber wird noch mit andern Fragen der Holzverzuckerung zu reden sein.“

Während die Bündner Regierung aus lauter schlauen Wählerbedenken sich nicht entscheiden will, reift in aller Stille ein anderes Projekt für ein Großkraftwerk im urnerischen Urserental. Während beim Hinterrheinwerk Motor-Columbus als treibende Kraft festzustellen ist, wird das *Andermattwerk* von den Kreisen um die Elektrobank, Kreditanstalt und Zentralschweizerische Kraftwerke gefördert. Im Urserental würden bedeutend weniger Bauern vertrieben und weit weniger Kulturboden ertränkt. Vom Standpunkt des Fremdenverkehrs aus wäre dort sogar ein See zu wünschen, um die ganze Landschaft von verunstaltenden Hotel- und Kasernenbauten alten Stils zu säubern. In dieser Beziehung wäre das Ursernwerk vorzuziehen. Ob es auch vom technischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus dem Konkurrenten im Hinterrhein standhalten kann oder sogar überlegen ist, sei hier nicht erörtert. Auf jeden Fall läge die Schwierigkeit im bestehenden *Gotthardtunnel* direkt unter dem projektierten Staumassiv. Aber wie man hört, sei eine Verlegung bereits in die Kostenberechnung einbezogen. Sei dem wie es wolle, auf

jeden Fall müssen diese Probleme vom *gesamtschweizerischen Interesse* aus gelöst werden und dürfen privatkapitalistische oder bloß regionale Erwägungen nicht entscheidend sein. Die Anregung der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung auf eine Prüfung aller dieser energiewirtschaftlichen Fragen durch den *Bund* kommt jedenfalls nicht zu früh. Jetzt muß vom *Bund* aus gehandelt werden, wenn er nicht will, daß es da gehen soll wie bei den Eisenbahnen, wo die Fehler von den nachfolgenden Generationen teuer gebüßt werden müssen.“

Was soll man zu einem solchen Dokument sagen? Ist das nicht die vollkommenste Absage an alles, was man noch irgendwie mit Fug und Recht Sozialismus nennen kann? Der Profit, um den handelt es sich ja, soll vor dem Menschen gehen. Der Kampf einer ganzen Talschaft um ihr Recht und ihre Freiheit, um den Boden und die Seele soll „Sentimentalität“ sein. Und gar das Schönste von allem: es wird dem in alt fry rhätischen Stolz seín Recht behauptenden Kanton Graubünden mit dem Diktat des Bundes gedroht. Und das soll Sozialismus sein! Das ist doch Kapitalismus und dazu Faschismus in optima forma. Ein solcher Sozialismus ist auf den Hund gekommen!

Nicht zwar daß die Bürgerlichen besser wären. Man vergleiche mit der sozialistischen eine bürgerliche Aeußerung zu dem gleichen Thema. Sie findet sich in der „National-Zeitung“ vom 10. Januar und paßt zu dem, was sonst dort etwa vertreten wird (allerdings nicht von allen ihren Redaktoren), wie die Faust aufs Auge.

„Die Schwierigkeiten der bündnerischen Wirtschaft konnten natürlich nicht ohne nachteilige Auswirkungen auf den *Finanzaushalt des Kantons* bleiben. Mit Rücksicht darauf, daß die *Steuerbelastung* die oberste Grenze schon lange erreicht, wenn nicht überschritten hat, wäre eine Vermehrung der Einnahmen durch noch höhere Steuern ohne verhängnisvolle Folgen für die Wirtschaft kaum mehr denkbar, sondern es kann sich im Zusammenhange mit der vorgeesehenen Revision des Steuergesetzes wohl nur darum handeln, die zur Verfügung stehenden Steuerquellen besser zu erfassen, wozu nach Auffassung des Finanzministers auch die Heranziehung des bisher steuerfreien landwirtschaftlichen Erwerbes gehört. Man wird sich aber in bezug auf eine wesentliche Erhöhung der Steuereinnahmen keinen Illusionen hingeben dürfen, schon deshalb nicht, weil die im Gange befindliche Neutaxation mit ziemlicher Sicherheit eine nicht unbeträchtliche Verminderung des steuerpflichtigen Vermögens mit sich bringen wird. Der Kanton wird sich nach *neuen Einnahmequellen* umsehen müssen, und in diesem Zusammenhang kommt der besseren *Ausnützung der bündnerischen Wasserkräfte* eine ganz besondere Bedeutung zu. Wenn man diese Frage vom Standpunkt der Staatsnotwendigkeiten aus betrachtet, dann erscheint auch das viel diskutierte Problem der Errichtung eines *Staudamms am Hinterrhein*, durch den das Dorf Splügen und weite, fruchtbare Alpwiesen unter Wasler gesetzt würden, in einem etwas andern Lichte. Gewiß, der Kampf der Bevölkerung des Rheinwald gegen das projektierte Großkraftwerk ist durchaus verständlich und verdient als Ausdruck der Bodenständigkeit und Heimattreue volles Verständnis. Eine andere Frage ist es aber, ob die doch mehr gefühlsmäßigen Argumente einer realistischen Beurteilung der Dinge gegenüber standzuhalten vermögen. Denn ganz abgesehen davon, daß im Rheinwald bedeutende *gesamtschweizerische Interessen* zur Diskussion stehen, wird es zu überlegen sein, ob der Kanton Graubünden inskünftig mit dem gleichen Erfolg wie bisher die finanzielle Hilfe des Bundes wird anrufen können, wenn er sich

weigern sollte, seine eigenen Finanzquellen so auszubeuten, wie es das Interesse des Kantons selbst verlangt.“

Diese bürgerliche Aeußerung ist sogar fast noch gemeiner (man kann ehrlicherweise kein anderes Wort brauchen) als die sozialistische, höchstens weniger Verrat an der eigenen Sache: Es soll den Anderen, wenn sie nicht kuschen, der Brotkorb höher gehängt oder, besser gesagt, der eidgenössische Subventionsbeutel (dieses Wahl- und Zähmungsmittel, das überhaupt eine große Rolle bei der Zerstörung der Demokratie spielt) verschlossen werden.

Und das bedeutet also jene unter uns vor sich gehende „Bewährung der Demokratie“, von der man jetzt so viel — lügt!

*

Im Angesicht dieser und anderer Erscheinungen erhebt sich riesengroß die Frage, ob eine solche Schweiz nicht für den Untergang reif und überreif ist, ob eine solche Schweiz noch eine Zukunft haben kann.

Jedenfalls ist, wenn sie leben und aufleben soll, eine ganz tiefgehende und umfassende *Regeneration* nötig. Ich wiederhole in der letzten Erörterung der schweizerischen Lage Gesagtes, wenn ich erkläre, daß diese Regeneration vorläufig das Werk von tapferen, lauteren, selbstlosen, des Glaubens und Wagens, vor allem auch des *Leidens* für die Wahrheit fähigen *Einzelnen* (im Sinne Vinets und Kierkegaards) und Helden (im Sinne Carlyles) oder auch von *Minoritäten* und kleinen Gemeinschaften und Organisationen sein muß. Solche sind die „*Neue Demokratie*“ und die Organisation des R. U. P., der *Weltaktion für den Frieden*. Ihnen helfe und schließe sich an (falls er nicht einen andern Anschluß dieser Art hat, und vielleicht auch, wenn er ihn hat), wer diese Regeneration und damit die Rettung der Schweiz will. Es ist aber Eile! ¹⁾

Leonhard Ragaz.

Die Schweiz vor der Lebensfrage.

Die Weltaktion für den Frieden (R. U. P.) veröffentlicht als Nr. 6 ihrer Schriftenreihe eine Broschüre von 16 Seiten, die, im Gegensatz zu den vorhergehenden Schriften dieser Serie und dem außerhalb der Schriftenreihe veröffentlichten „Programm des Friedens“, sich mit speziell schweizerischen Problemen befaßt. In den vorhergehenden gedruckten Aeußerungen der Weltaktion für den Frieden wurde dargelegt, worauf es ankomme, wenn die Neuordnung des Völkerlebens nach dem Kriege einen wirklichen und dauernden Frieden gewährleisten folle. Die „Schweiz vor der Lebensfrage“ bringt den Gedanken zum Ausdruck, daß nicht nur die Tatsache der Schaffung einer solchen

An alle Christen der Welt wenden wir uns mit der Bitte, mit uns dadurch Buße zu tun, daß wir uns fortan tapfer und ungescheut in allen privaten und öffentlichen Angelegenheiten zu Jesus Christus und seiner Gerechtigkeit und Bruderliebe bekennen und so der Welt den besten Dienst leisten: ihr die Wahrheit zu sagen in der Liebe.

*Die Soziale Studienkommission
des Schweizerischen reformierten Pfarrvereins.*

Berichtigungen.

Ich habe zum letzten Hefte, und zwar zu Seite 43, zwei sachliche Berichtigungen anzubringen.

1. Eine kleine: Es handelt sich nicht um eine offizielle „*Radiosendung*“, sondern um eine „*Wochenschau*“, welche die schweizerischen Filme ihren Darbietungen vorauszuschicken verpflichtet werden. Das macht prinzipiell natürlich keinen Unterschied.

2. Wichtiger ist die andere Berichtigung. Ich hatte nach einem Bericht des „*Volksrechtes*“ behauptet, daß man nun die Bundesversammlung, jedenfalls den Nationalrat, quasi verpflichte, die Abgangs- und Antrittsreden ihrer Präsidenten *stehend* anzuhören, und daran ein mißbilligendes Urteil geknüpft. Nun erfahre ich von kompetenter Seite, daß dies ein Irrtum sei. Wenn mein Gedächtnis mich nicht vollkommen täuscht, so habe ich, wie gesagt, jene Notiz, nicht ohne ein gewisses Erstaunen, dem „*Volksrecht*“ entnommen, von dem einer der Redaktoren ja im Nationalrat sitzt und auf das ich mich darum verlassen zu können glaubte. Es freut mich natürlich, daß unsere Bundesverfassung noch nicht einem solchen Byzantinismus verfallen ist.

Bemerkung.

Die Fortsetzung des Beitrages „*Die Jüngerschaft Christi*“ kann aus Mangel an Raum erst im nächsten Hefte erfolgen.

Inhalt der Februar-Sendung: Vom Müdewerden. *Leonhard Ragaz.* / Das Kommen des Reiches Gottes nach dem Neuen Testament. II. *Rudolf Liechtenhan.* / Vom Bleiben am Weinstock Christi. *Hans Walter Frei.* Die schwarze Wolke und jenseits (Zur Weltlage). *Leonhard Ragaz.* / Schweizerisches. *Leonhard Ragaz.* / Soziale Studienkommission des Schweizerischen Reformierten Pfarrvereins. / Berichtigungen. / Bemerkung.

Druck: Walter Imbaumgarten AG., Arbenzstr. 20, Zürich 8